

Die Konferenz in Beirut hat weiterhin die Aufgabe der Kirchen darin gesehen, die öffentliche Meinung stärker zu beeinflussen, daß in den Industriestaaten der weltweite Entwicklungsgedanke in seinem neuen Inhalt verstanden und der Entwicklungsprozeß von den Völkern der „neuen“ Länder aufgenommen wird. Für beide Teile dieser Welt ist wichtig zu wissen, daß „ein neuer Abschnitt der Weltgeschichte begonnen hat, in dem Naturwissenschaften Raum und Zeit überwunden haben sowie Überfluß und wachsenden Wohlstand lenken können“.

Eine solche Einsicht, die sich an der Entfaltung einer „planetarischen Gemeinschaft, die durch die Gesetze einer Weltinnenpolitik bestimmt wird“, orientiert, ist in erster Linie an das Fundament einer entsprechenden Erziehung und Bildung gebunden. Die Forderung nach Gerechtigkeit und Entwicklung ist auf jeder Ebene der Erziehung und Bildung zu verankern, damit „die Dimensionen der menschlichen Gemeinschaft, der Gerechtigkeit und der Zusammenarbeit als ein integraler Bestandteil des christlichen Glaubens begriffen werden“.

Es wird der konkrete Vorschlag gemacht: Gemeinsam mit internationalen Einrichtungen und Körperschaften sowie mit Fachleuten sollen Grundlagenmaterial und Lehrmittel erarbeitet werden, die geeignet sind, von den Grundschulen bis zur Universität und Erwachsenenbildung in den einzelnen Bildungsinstitutionen verwendet zu werden. Diese Erziehungsarbeit gilt gleichermaßen für hoch- und weniger entwickelte Länder.

Fragen des weiteren Vorgehens

Beirut war der erste Schritt einer Zusammenarbeit weltweiter Entwicklungshilfe der christlichen Kirchen auf breiter ökumenischer Grundlage. Weitere Schritte sind bereits vorgesehen. Bemerkenswert war die Erklärung, daß die gemeinsam gegründete Institution „Exploratory Committee on Society, Development and Peace“ in Genf allen Religionen der Welt für eine Kooperation offenstehe; vielleicht war die Anwesenheit eines Beobachters des Islams bereits ein hoffnungsvoller Auftakt für eine solche Entwicklung. Es wurde außerdem darauf hingewiesen, daß sich in den einzelnen Nationalstaaten interkonfessionelle Arbeitsgemeinschaften für Fragen der weltweiten Zusammenarbeit, und zwar sowohl in hoch- als auch weniger entwickelten Ländern, bilden sollten; auch auf der Ebene regionaler Integrationen ist eine solche institutionelle Zusammenarbeit erwünscht. Mit anderen Worten: der neugeschaffene gemeinsame Arbeitskreis der christlichen Kirchen sucht einen institutionell abgesicherten Unterbau, der die von der Konferenz mit Nachdruck betonte Beeinflussung der öffentlichen Meinung und der politischen Entscheidungen auf allen Ebenen mit zu sichern hat. Eine solche Konzeption entspricht der Einsicht, daß den Entscheidungen „von oben“ nur ein Erfolg beschieden sein kann, wenn eine Bewegung „von unten“ sie stützt und für jene Verstärkerwirkung in der Meinungsbildung der Bevölkerung sorgt.

Wie frei ist die Kirche auf Kuba?

Als politisch-gesellschaftliches Phänomen, das auf die künftige Entwicklung der übrigen Länder Mittel- und Südamerikas ausstrahlt, als möglicher Krisenherd internationaler Konflikte und als Umschlagplatz innerkommunistischer Auseinandersetzungen findet Kuba nach wie vor die Aufmerksamkeit der westlichen und östlichen Presse. Über den Werdegang der kubanischen Revolution, ihre innenpolitischen Umwälzungen, Erfolge und Krisen und über ihre außenpolitischen Auswirkungen gibt es inzwischen sogar eine ausgedehnte Literatur. Diese bedarf zwar, da die Ereignisse immer noch nachwirkende Gegenwart und nicht schon Geschichte sind, der Überprüfung im Detail. Sie vermittelt aber immerhin plausible Begründungen für die Voraussetzungen der relativen Beständigkeit des Regimes, denen auch die Kirche Rechnung tragen muß. Doch ist es um das Schicksal der Christen selbst auf der von Castro beherrschten Insel während der letzten Jahre sehr still geworden. Dieser Ausfall an Information erklärt sich nicht nur aus den Beschränkungen, denen Berichtersteller in Kuba unterworfen sind, und aus der inneren Zwangssituation der Kirche, in der Klugheit gebieten kann, jedes Übermaß an Publizität zu meiden, sondern auch aus dem Nachlassen des öffentlichen Interesses an der kirchlichen Situation Kubas. Schließlich ist ja nach anfänglichem Konsens die Zeit dramatischer Auseinandersetzungen einer Periode fortbestehenden Mißtrauens von beiden Seiten gewichen.

Widersprüchliche Berichte

Die wenigen Informationen, die außerhalb der diplomatischen Kanäle über die Lage der Kirche auf Kuba im Umlauf sind, bleiben äußerst lückenhaft und erweisen

sich zudem als ungesichert. Sie kommen in der Mehrzahl aus den Reihen der Exilkubaner und werden je nach politischem Standort und Opportunität von oppositionellen Motiven überlagert, die nur noch beschränkt mit religiöser Freiheit zu tun haben, und sind oft Ausdruck eines politischen Wunschenkens, in dem sich tatsächliche oder vermeintliche antikirchliche Maßnahmen mit der Verfechtung vorrevolutionärer Zustände zu einem von außen kaum entwirrbaren Propagandaknäuel vermengen. Mehrfach wurden solche Zweckinformationen von kirchlicher Seite, besonders von der Päpstlichen Nuntiatur in Havanna, die sich mehr und mehr zur eigentlichen kirchlichen Schaltstelle im Lande entwickelt hat, dementiert. Aber auch die gelegentlichen Berichte westlicher Korrespondenten bringen kaum Licht in den kubanischen Dschungel. Während die einen vom Zustand „ungebeschränkter Glaubensfreiheit“ überzeugt sind (Claude Julien, „Le Monde hebdomadaire“, 29. 4. — 5. 5. 65), sprechen andere von der „geknebelten Kirche“ (Bernd Nellesen, „Die Welt“, 14. 2. 67). Solche einander nur scheinbar widersprechenden Urteile werden nicht nur davon bestimmt, ob man die Verhältnisse unter Castro als positive Alternative gegenüber der Battista-Diktatur versteht oder nicht, ob man als militanter Castro-Gegner auch die tatsächlichen Errungenschaften des Regimes pauschal verurteilt, sondern nicht zuletzt auch davon, welchen Spielraum man der Kirche im öffentlichen Leben überhaupt zuerkennt und welches Maß an Freiheit man für sie fordert, damit sie in einer totalitären Gesellschaftsordnung, die Castro natürlich auf seine eigene Weise verkörpert, ihre Funktion wenigstens rudimentär erfüllen kann.

Die Beurteilung der Situation der Kirche läuft in unserem

konkreten Fall letztlich auf die Frage hinaus: Wieweit (muß) darf sie sich der konkreten (totalitären) Gesellschaftsordnung anpassen, mit ihr paktieren oder sich in sie einfügen, ohne daß sie in ihrer Zeugnispflicht für die menschlichen Grundrechte und in ihrer Glaubensverkündigung unglaubwürdig wird? Stellt man diese Frage nicht aus dem Umgang mit europäischen Diktaturen, sondern auf dem lateinamerikanischen Hintergrund, so wird sie zweifelsohne relativiert durch die Tatsache, daß dort eine humane Grundordnung nicht so sehr „bezeugt“ als vielmehr in ihren Voraussetzungen erst geschaffen werden muß. Das gesellschaftliche Engagement der Kirche unterliegt deshalb anderen Kriterien als bei uns. Das kann aber nicht heißen, daß die Kirche mit Diktaturen, auch nicht mit Diktaturen sozial-revolutionärer Prägung, gemeinsame Sache machen könnte oder gar ihr revolutionäres Schema unter Einschluß von Gewalt billigen oder übernehmen könnte. Dennoch ist die Kirche verpflichtet, nach Formen von Koexistenz zu suchen, die den Gläubigen ein mögliches Maximum an Freiheit und den kirchlichen Institutionen ein Minimum an Wirkmöglichkeiten sichern.

Auf dem Wege zur Koexistenz

Daß die Kirche auf Kuba oder genauer der Vatikan gegenwärtig um neue Formen der Koexistenz bemüht ist, zeigen verschiedene Interviews und Erklärungen, die während der letzten beiden Jahre abgegeben wurden. Sowohl das Interview, das der Päpstliche Geschäftsträger in Havanna, Cesare Zacchi, seinerzeit der linksstehenden mexikanischen Zeitschrift „Sucesos para todos“ (17. 9. 66) gewährte, und die Erklärungen des Seminarregens in Havanna, Manuel de Céspedes, die in der gleichen Zeitschrift veröffentlicht und später mit dem Interview von Msgr. Zacchi von der kubanischen Zeitschrift „Bohemia“ (4. 11. 66) übernommen wurden, beweisen es, auch wenn sie einen Zweckoptimismus verbreiten, der von außen leicht als Verharmlosung der tatsächlichen Situation aufgefaßt werden könnte. In den Interviews war nicht nur die Rede von der vollen Freiheit der Kirche auf Kuba und von den guten Beziehungen zwischen Regierung und Nuntiat, sondern es war auch ein wenigstens formales Engagement für die kubanische „Revolution“ zu erkennen. Aber abgesehen davon, daß die Interviewten später manche Aussagen dementierten und von Entstellungen durch die castrofreundlichen Organe, in denen die Interviews erschienen waren, sprachen (vgl. dazu den Brief des exilierten ehemaligen Weihbischofs von Havanna, E. Boza Masvidal, an die spanische Wochenzeitung „Ecclesia“, 3. 6. 67), hat die verständliche Aufregung um diese Interviews und die leichtgläubigen Fehlinterpretationen, die ihnen folgten, gezeigt, daß auch Erklärungen diplomatischer Vertretungen nicht unbedingt nach ihrem Informationswert, sondern nach den Regeln diplomatischen Umgangs zu beurteilen sind. Msgr. Zacchi hat zudem in einem zweiten Interview im Februar dieses Jahres mit dem lateinamerikanischen Pressedienst „Interpress Service“ seine Positionen in sehr viel nuancierterer Form wiederholt. Wohl legt sich der Päpstliche Geschäftsträger, wie es seines Amtes ist, auch in diesem zweiten Interview absolute Schonung der Regierung auf, läßt aber doch neben den Schwierigkeiten innerkirchlicher Art auch die Probleme durchblicken, die das Regime der Kirche auferlegt. Dieses Interview und mehrere Berichte von evangelischen und katholischen Kirchenmännern, die während der letzten zwei Jahre Kuba in amtlicher oder privater Mission

besucht haben, ergeben zwar kein geschlossenes Bild der Lage und selbstverständlich noch weniger zahlenmäßigen Aufschluß über den Stand kirchlicher Entwicklung, wohl aber über die kirchliche Krise, die das Castro-Regime erst offengelegt hat und den ebenso notwendigen wie schwierigen Umdenkprozeß, der der Kirche dort abverlangt wird. Dabei ergibt sich bei allem nicht Vergleichbaren — die Protestanten stellten bereits bei der Machtübernahme durch Castro einen nur geringen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung dar, nach protestantischen Angaben 250 000 Gläubige (Occasional Bulletin from the Missionary Research Library, New York, Januar 1967) — zwischen der katholischen Kirche und den evangelischen Gemeinschaften eine auffallende Parallelität der Schwierigkeiten, die nur zu einem Teil mit dem gegenwärtigen Regime, zum anderen Teil aber mit der für die Kirche spezifischen Verflechtung mit der vorcastristischen Gesellschaftsstruktur des Landes zusammenhängt.

Die Zeit vor Castro

Um die gegenwärtige Situation zu beurteilen, muß zunächst auf die Zeit vor Castro zurückgegriffen werden. Nach Angaben aus dem Jahre 1958 gehörten von 6,8 Millionen Einwohnern nominell bis zu 90% der Bevölkerung zur katholischen Kirche. Diese wurden von ca. 730 Geistlichen betreut (nach dem Päpstlichen Jahrbuch; die Angaben in den übrigen Quellen schwanken zwischen 600 und 750). Unter ihnen waren die Weltgeistlichen in der Minderheit. Nach einer Aufstellung der französischen Franziskanerzeitschrift „Frères du Monde“ (Nr. 3, 1962, S. 10) aus dem Jahre 1957 waren von 690 Geistlichen 467 Ordenspriester. Weniger als ein Drittel des Klerus waren Einheimische, die Mehrzahl der ausländischen Geistlichen kam aus Spanien, etwa 50 aus Kanada. Im Schulwesen nahmen die französischen Schulbrüder eine starke Stellung ein. Als einziger Orden hatten diese bei der Machtübernahme durch Castro einen Kubaner als Oberen. Das Verhältnis Priester — Gläubige lag (1 : 9500 im Jahre 1945; 1 : 34 200 im Jahre 1965) noch bedeutend unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt (1 : 5600; Vergleichszahlen nach „Social Compass“, Nr. 5—6, 1967, S. 385). Doch bestätigen alle diese Zahlen eher unsere bestehenden lateinamerikanischen Klischees und sagen wenig über die tatsächliche Lage der Kirche in Kuba aus, die sich trotz der Parallelität der Faktoren in mancher Hinsicht von den übrigen lateinamerikanischen Ländern abhebt.

Etwas von der tatsächlichen Situation der Kirche vermittelt eine von der katholischen Studentenschaft durchgeführte Enquete unter der Landbevölkerung (vgl. „Frères du Monde“, a. a. O.). Nach dieser Umfrage bezeichneten sich nur 52,10% als Katholiken, 41% als indifferent, 3,26% als Protestanten, 2,14% als Freidenker, 1,09% als Spiritisten. Nur 50% der katholisch getauften Kinder gingen zur Erstkommunion. Nur 16% der Ehen wurden kirchlich geschlossen; 45% wurden nicht einmal vom Standesamt erfaßt; 27,31% derer, die sich als Katholiken bezeichneten, gaben an, ihren Pfarrer niemals gesehen zu haben. Die Praktikantenziffer wird mit etwa 2% (auf dem Lande) angegeben, sie dürfte jedoch in den Städten einen wesentlich höheren Prozentsatz erreicht haben. Auch diese Zahlen liefern selbstverständlich nur Annäherungswerte.

Doch deuten sie einen Sachverhalt an, der die kirchliche Situation in Kuba von der zahlreicher anderer lateinamerikanischer Länder unterscheidet. Die Kirche Kubas

war vor allem eine Kirche des städtischen Mittelstandes; sie war unter der ländlichen Bevölkerung kaum präsent. Dasselbe galt übrigens auch für die protestantischen Gemeinschaften, die zahlenmäßig ins Gewicht fielen: Presbyterianer, Methodisten, Baptisten, während die sektenähnlichen Gemeinschaften, vor allem die Pfingstbewegung, stärker unter der ländlichen Bevölkerung Fuß gefaßt hatten. Sie wurden auch von dem Umschwung unter Castro offensichtlich am wenigsten getroffen, erwiesen sich dem Regime gegenüber nicht nur als gefügig, sondern machten sich auch manche seiner Propagandaparolen zu eigen und haben heute bessere Wirkchancen als in der Zeit vor Castro, wo sie vorübergehend sogar verboten waren.

Kirche des Mittelstandes

Die einseitige Präsenz der Kirche im Bürgertum und die religiöse Vernachlässigung der Landbevölkerung wurden und werden ihr heute gerade von denen, die die Sozialreformen des Castro-Regimes positiv beurteilen, zum Vorwurf gemacht. Man sah oder sieht darin zugleich ein unsoziales Verhalten der Kirche, eine einseitige Identifizierung mit dem Bürgertum und den Führungsschichten. Der Vorwurf ist nicht unberechtigt, doch gibt es dafür auch einen einfachen Erklärungsgrund. Die Pastoralarbeit unter den ungebildeten ländlichen Schichten stellte an den einzelnen so ungewöhnlich hohe Anforderungen, daß ihnen nur wenige gewachsen schienen. Angesichts des großen Priestermangels erwies sich gerade diese Pastoralarbeit, der Einsatz der von Außenstation zu Außenstation hetzenden Landpfarrer, für begabtere und intellektuell aufgeschlossene Geistliche als wenig attraktiv. Die heute auch in Lateinamerika allmählich vordringenden neueren Formen pastoraler Zusammenarbeit (Teamarbeit, Gruppenmethoden, Rundfunkerziehung usw.) waren damals ja noch unbekannt. Sosehr der Vorwurf, die Kirche habe die Landbevölkerung vernachlässigt, zu Recht besteht, so leicht verzeichnet er die Wirklichkeit durch eine etwas zu pauschale Klischierung der Bevölkerungs- und Sozialstruktur des Landes. Zwar war das soziale Gefälle zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung auf Kuba vor Castro beträchtlich, bedingt wiederum durch die von der Zuckermonokultur abhängigen Latifundienwirtschaft. Nach dem Zensus von 1946 besaßen 1,5% aller Landeigentümer 46% der genutzten Fläche, 0,5% der Betriebe besaßen über 1000 Hektar und verfügten über 30% der nutzbaren Fläche, aber nur 10% dieser Fläche war bebaut. In den landwirtschaftlichen Betrieben mit weniger als 10 Hektar waren es aber auch nicht mehr als 40% (vgl. B. Goldenberg, Lateinamerika und die kubanische Revolution, Köln 1963, S. 187). Bei all dem darf aber nicht übersehen werden, daß es sich, beachtet man die Bevölkerungsstruktur des Landes, bei Kuba kaum um eines der klassischen lateinamerikanischen Agrarländer handelt. Dazu war der Grad der Verstädterung zu hoch. 40% aller Kubaner lebten in Städten mit über 10 000 Einwohnern. Desgleichen verfügte Kuba über eine relativ starke Mittelschicht: 33% der Bevölkerung gegenüber 14% in Bolivien und Ecuador und 15% in Brasilien. Auch Ergebnisse der Wirtschaftsstatistik lassen Kuba nicht als klassisches Entwicklungsland erscheinen. Kuba wies 1947 mit 37,3 pro Tausend die geringste Kindersterblichkeit in allen lateinamerikanischen Ländern auf, verfügte über das ausgebauteste Eisenbahnnetz, zeigte eine relativ hohe Dichte an Presseerzeugnissen und Rundfunkempfän-

gern. Auch die Zahl der Analphabeten (42,6% der Bevölkerung über 10 Jahre) lag bedeutend unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt. Goldenberg, dem diese Zahlen entnommen sind, zitiert den US-Lateinamerikafachmann Frank Tannenbaum, der einen Vergleich mit Mexiko zieht und damit zugleich die spezifischen Voraussetzungen der kubanischen Revolution unter Castro sichtbar macht: „Mexiko, wo die städtische Bevölkerung 1910 zwischen 10 und 15% der Gesamtbevölkerung ausmachte, wurde von der Landwirtschaft bestimmt und lebte von dem, was es produzierte. Die Revolution war ihrem Wesen nach eine Revolution des Landvolkes, das das Land wiedererobern wollte, das man ihm genommen hatte... In Kuba liegen die Dinge anders: Der Anteil der städtischen Bevölkerung beträgt zwischen 50 und 60% der Gesamtbevölkerung. Die Städte werden ‚von außen‘ her versorgt, sie haben den Lebensstandard... Alle unsere sozialen Revolutionen haben in Ländern mit vorwiegend ländlicher Bevölkerung stattgefunden... Die kubanische Revolution stellt den Versuch einer sozialen Revolution einer städtischen Gesellschaft dar, denn auch die Zuckerplantage ähnelt mehr einer Fabrik als einer Farm.“

Doch kann die städtische Gesellschaft Kubas und das, was hier als Mittelschicht bezeichnet wird, nicht mit europäischen Verhältnissen verglichen werden. Dieser Mittelstand bildete eine weitgehend künstliche „Gesellschaft“ innerhalb der Gesamtgesellschaft mit stark parasitären Zügen, war abhängig von einer durch die Präsenz Amerikas und die Fremdenverkehrsindustrie bedingten Aufblähung des Dienstleistungsgewerbes einerseits und von einem überfüllten Beamtenapparat mit seinem Klientelismus andererseits. Die Schwäche der Kirche bestand aber weniger in einem Mangel an Anpassung an die tatsächlich gegebene Gesellschaftsstruktur als vielmehr in ihrer unreflektierten Hinnahme. Dadurch war sie für den sozialrevolutionären Umsturz, den sie wohl stärker als politischen, denn als sozial-revolutionären Umsturz begrüßte, wenig gerüstet.

Der kubanischen Gesellschaft angepaßt

Man muß aber auch zugeben, daß die Kirche auf Kuba gerade innerhalb dieser „Mittelschicht“ echte religiöse Leistungen hervorbrachte, die sie gegenüber anderen lateinamerikanischen Ländern auszeichneten. Seit der Begründung der katholischen Aktion hat die Kirche auf Kuba immerhin eine Laienelite hervorgebracht, die innerhalb der schmalen, von der Kirche erreichbaren Schichten zu einer echten religiösen Erneuerung mit stärkerem persönlichen Engagement und einer qualitativen Zunahme der religiösen Praxis einschließlich des Sakramentempfangs geführt hatte. Ein äußeres, wenn auch nicht zufälliges Ergebnis dieses Erneuerungsprozesses war eine unverhältnismäßig starke Präsenz von Kubanern im internationalen katholischen Verbandswesen während der fünfziger Jahre. Die Schwäche dieser Erneuerungsbewegung war, daß sie — das Produkt einer schmalen Gebildeten-schicht — in der Gesamtbevölkerung zu wenig verwurzelt blieb und stärker die spirituelle Formung als das praktische Apostolat und das konkrete gesellschaftliche Engagement betonte.

Trotzdem dürfte es nicht reiner Zufall sein, daß Mitglieder der kubanischen katholischen Aktion die Rebellenbewegung unter Castro nicht nur begrüßten, sondern diese aktiv unterstützten. Sie führten freilich zu keiner grund-

legenden Änderung kirchlicher Aktivität. Die Erneuerungsbewegung stützte sich auf die traditionellen Mittel kirchlicher Elitebildung: auf die überkommene Pfarrstruktur und auf das private katholische Schulsystem, durch das nur eine schmale Oberschicht erreicht wurde, das aber einen unverhältnismäßigen hohen Anteil der Geistlichkeit der unmittelbaren Seelsorgearbeit entzog. Über das Schulsystem und die traditionellen Formen der Seelsorge blieb die Kirche auch weiterhin in einseitiger Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Oberschicht, den Großgrundbesitzern und dem gehobenen Bürgertum. Zudem ist bekannt, daß sich ein Teil der Geistlichkeit, weitgehend von spanischer Mentalität geprägt — auch die einheimischen Geistlichen erhielten ihre Ausbildung zu einem guten Teil in Spanien —, den neuen Formen kirchlichen Lebens, wie sie die neuen Laieneliten vertraten, nur sehr langsam und unter Widerständen anschloß. Der enorme Priestermangel, der zugleich Folge und Ursache der geringen Verwurzelung der Kirche in den breiten Volksschichten war, setzte zudem jeder inneren kirchlichen Erneuerung enge Grenzen. Wenn man der Kirche vorwirft, sie habe ihre Aufgabe nicht rechtzeitig erkannt und weigere sich auch heute noch, die neue Ordnung zur Kenntnis zu nehmen, so darf man auch die Grenzen ihrer personellen Wirkmöglichkeiten nicht übersehen. Der Priestermangel war wohl nicht, wie manche angeben, in erster Linie durch die Zölibatsfrage bedingt. Der Zölibat, häufig als Mangel echter Männlichkeit verstanden, war gewiß ein Hindernis. Doch bildete die einseitige Präsenz der Kirche in den bürgerlichen Mittel- und Oberschichten die denkbar schlechtesten Voraussetzungen für eine Zunahme an geistlichen Berufen. Nicht zufällig brachten diese Schichten zwar eine beachtliche Laienbewegung hervor; für die Steigerung des geistlichen Nachwuchses fehlte aber die Basis einer Volkskirche.

Von Battista zu Castro

Es ist bekannt, daß sich wenigstens ein Teil der Hierarchie und des Klerus und zahlreiche aktive Laien gegen die zunehmende Korruption, gegen den gesellschaftlichen Zerfall und das wachsende Terrorsystem unter der zweiten Herrschaft Battistas zur Wehr gesetzt haben. Die starke Bindung an den Mittelstand und die bürgerliche Oberschicht bedeutete also keineswegs ein Ja zur Herrschaft und den Methoden des Battista-Regimes. Die Rebellen, die Castro in die Sierra Maestra folgten und die erneuernden Kräfte der Bewegungen der katholischen Aktion rekrutierten sich weitgehend aus denselben Gruppen: aus jungen Akademikern und aus der Studentenschaft. Die Gruppen, die sich kirchlich engagierten, kamen zum großen Teil aus ähnlichem Milieu, aus dem sich auch die Castro-Rebellen zusammensetzten, die ja bis zum Sturz Battistas nur eine sehr geringe Zahl kämpfender Truppen umfaßten. Von einer Rebellenarmee konnte keine Rede sein. Nach Goldenberg (S. 425) betrug die Zahl der eigentlichen Castro-Kämpfer (von den Anhängern konkurrierender Gruppen, die später ausgeschaltet wurden, abgesehen) beim Sturz Battistas nicht mehr als 800 Mann. Castros Macht wurde nicht durch die Zahl seiner Mitstreiter, sondern durch die sukzessive Auflösung der inneren Stützen eines bankrotten Regimes möglich.

Einzelne Bischöfe hatten entschieden gegen die Terrormethoden Battistas Stellung genommen. Katholische Studenten und Mitglieder der Katholischen Aktion waren mit Zustimmung ihrer Bischöfe zu den Rebellen gestoßen

(vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 524). Viele, vor allem jüngere Laien und Geistliche, sympathisierten mit Castros Aufstandsbewegung. Auch führende protestantische Kirchenmitglieder unterstützten Castro und behielten bis zur Machtübernahme bei den Rebellen eine einflußreiche Stellung. Neben einigen baskischen Franziskanern befanden sich auch mehrere protestantische Pastoren bei den Rebellen. Die Niederlage Battistas — in der letzten Zeit hatten sich Terror und Polizeimaßnahmen auch zunehmend gegen die Geistlichen gerichtet — wurde von seiten der Kirche, jedenfalls von einer Mehrheit engagierter Christen begrüßt und die Machtübernahme durch die Rebellen unterstützt. Nicht ohne Ironie stellt der reformierte Pastor, Rafael Cepeda, fest: „Die Erfahrung ist noch zu nahe, um zu vergessen, wie alle Christen auf der Insel, Geistliche und Laien, Führer von Organisationen, protestantische Gesellschaften und ökumenische Vereinigungen miteinander wetteiferten, dem neuen Regime Komplimente zu machen und ihm Unterstützung ohne jeden Vorbehalt gewährten“ („Reformed and Presbyterian World“, September 1965, S. 301). So pauschal dürfte das für die katholische Seite nicht zutreffen. Doch fehlte es auch hier nicht an begeisterter Zustimmung. Auch die ersten Reformmaßnahmen wurden noch uneingeschränkt begrüßt. Das im Mai 1959 in Kraft getretene Agrar-Reformgesetz, das in seiner endgültigen, von Castro gewollten Gestalt viel deutlichere kollektivistische Züge aufwies, als von seinen ursprünglichen Autoren vorgesehen war, und praktisch nicht auf die Streuung, sondern auf die Abschaffung des privaten landwirtschaftlichen Eigentums hinauslief, fand noch die kirchliche Zustimmung. So erklärte Bischof E. Diaz von Pinar del Rio: „Die Erfüllung der Gesetze der Agrarreform ist verbindlich für das Gewissen aller Christen, die auf persönliche und egoistische Interessen verzichten und als gute Kubaner und noch bessere Katholiken großmütig und friedfertig zur gemeinsamen Wohlfahrt beitragen müssen“ (Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 524).

Ja zu Castro, nein zum Kommunismus?

NC News Service wußte noch im August 1959, Castro gegenüber nordamerikanischen Interessen in Schutz nehmend, zu berichten, dieser und seine Mitarbeiter stünden auf dem Boden eines sozialreformerischen christlichen Humanismus, sie versuchten mit kirchlicher Hilfe, ein durch Kolonialmethoden zu einem unterentwickelten Land herabgedrücktes reiches Territorium strukturell zur Nutzung seines Reichtums zu entwickeln. Noch als die Bischöfe vor dem zunehmenden kommunistischen Einfluß warnten, stellten sie sich ausdrücklich hinter die vom Regime durchgeführten Sozialreformen, nicht nur hinter das Agrargesetz, sondern auch hinter das das Grundstücksrecht regelnde „Städtegesetz“, von dem auch kirchlicher Besitz unmittelbar stärker betroffen war als durch das Agrargesetz (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 501 und 15. Jhg., S. 126).

Innerhalb der Katholiken zeichneten sich zunächst deutlich drei Tendenzen ab. Diese Tendenzen spiegelten sich deutlich in der großen kubanischen Wochenzeitung „Bohemia“ (noch vor ihrer Gleichschaltung im August 1960) wider. Eine erste Gruppe lehnte Castro wegen der Begünstigung des Kommunismus entschieden ab. Man hielt eine friedliche soziale Umwälzung für undurchführbar. Indessen sei es erklärtes Ziel des Kommunismus, mit Hilfe Castros an die Macht zu kommen (F. Parés, La estrategia

comunista en la revolución cubana, „Bohemia“, 2. 2. 59). Eine zweite Gruppe leugnete zwar die Anfälligkeit der Castroanhänger gegenüber den Kommunisten nicht, glaubte aber durch die Durchführung der Sozialreformen, deren Einfluß eindämmen zu können. Die Katholiken sollten verstehen, daß wirtschaftliche und soziale Reformen kein Privileg der Kommunisten seien (A. Valdespino, *La revolución no necesita el comunismo*, „Bohemia“, 22. 2. 59).

Demgegenüber plädierte eine dritte Gruppe für den offenen Anschluß an die Revolution. Man solle sich lösen sowohl von der spanischen kulturellen und kirchlichen Vergangenheit wie von der amerikanischen Vorherrschaft der Gegenwart. Falls dies nicht geschehe, würde die Kirche jeglichen Einfluß auf die Gesellschaft verlieren (A. del Cerro, *La Iglesia tiene que resucitar*, „Bohemia“, 5. 4. 59). Mit dieser Diskussion begann aber zugleich die Spaltung der Katholiken, die bis heute andauert. Es wäre aber zu einfach zu meinen, es handle sich dabei nur um den Gegensatz zwischen den Verteidigern des status quo ante unter Einschluß der kirchlichen Privilegien und den Verfechtern einer rückhaltlosen Befürwortung des Regimes. Auch ist die kirchliche Gegnerschaft zum Regime kein bloßes Ergebnis des wachsenden kommunistischen Einflusses auf der einen und eines erklärten Antikommunismus auf der anderen Seite. Diese Vereinfachung mochte auf jene zutreffen, die der unreflektierten Meinung waren, radikale soziale Reformen müßten notwendig in einem kommunistischen System enden. Jene, die Castro anfangs begünstigten, waren wohl anderer Auffassung. Der wachsende Widerstand hatte aber auch bei diesen je nach Standort verschiedene Gründe. Die einen wollten und erwarteten von der Machtergreifung durch Castro nichts anderes, als die Rückkehr zu demokratischen Institutionen. Sie dachten nicht an radikale Reformen. Und vieles spricht dafür, daß Castro jedenfalls nach seinen öffentlichen Bekundungen eine politische und keine soziale Revolution herbeiführen wollte. Diese Gruppe sah sich bereits durch die ersten radikalen Reformen enttäuscht. Die anderen befürworteten die Ausweitung des politischen Umsturzes zu einer sozial-revolutionären Umwälzung, wehrten sich aber gegen den kommunistischen Einfluß wie gegen die zunehmenden totalitären Merkmale des Castro-Regimes.

Haben nun die Katholiken angesichts dieser Entwicklung versagt und tragen sie an den gegenwärtigen Verhältnissen selbst schuld? Der Kubakenner Leslie Dewart (*Christianity and Revolution. The Lesson of Cuba*, New York 1963) macht den Katholiken zwar den Vorwurf, man könne mit Argwohn nicht dazu beitragen, einen noch nicht kommunistischen Revolutionär außerhalb des kommunistischen Fahrwassers zu halten. Doch läßt er damit mehrere Fragen unbeantwortet. Der Weg Castros zum Kommunismus ist bis heute ungeklärt. Daß die von ihm gewollte Revolution zunächst mehr anarchische als kommunistische Züge trug, trifft zu. Die Kommunisten selbst mißtrauten ihm lange und stießen erst in der Endphase des Kampfes gegen Battista zu ihm (vgl. neben Goldenberg R. K. Furtak, *Kuba und der Weltkommunismus*, Köln und Opladen 1967, bes. S. 61 ff.). Die kommunistische Partei war aber die einzige Organisation, die genügend gefestigt war und mit deren Hilfe er auch unter Anwendung von Gewalt die sozial-revolutionären Ziele erreichen und zugleich seine Macht festigen konnte. Der Antiamerikanismus und seine Folgen, die daraus fast notwendig folgende Ausrichtung der wirtschaftlichen und

politischen Zusammenarbeit auf den Ostblock, erbrachten ein weiteres. Wieweit Castro dabei aus Überzeugung handelte oder die kommunistische Partei mit klugem politischem Instinkt als Mittel zum Zweck gebrauchte, bleibt zweitrangig. Letztes Ziel Castros war jedenfalls die Begründung seiner Macht und Stärkung seines internationalen Prestiges besonders gegenüber Lateinamerika. Die Ausschaltung prosovjeterischer kommunistischer Gruppen und die betonte Distanzierung von dem chinesischen Weg trotz zahlreicher Parallelismen in den beiden Systemen, beweist es. Aus dem Castro-Regime ist eine Symbiose zwischen dem persönlichen Machtcharisma eines lateinamerikanischen Caudillo und dem kommunistischen Unterbau geworden, in dem trotz der Abhängigkeit des ersteren vom letzteren, letzterer zur Stabilisierung des ersteren nicht nur von außen, sondern auch von innen beiträgt.

Zwischen Konflikt und Koexistenz

Wo liegen die Gründe für den Konflikt? Rein chronologisch gesehen, waren es zwei knapp hintereinander folgende Ereignisse, die zur offenen Auseinandersetzung zwischen Regime und Kirche führten und auch einen Teil jener Katholiken und Protestanten zum Widerstand oder zur Flucht veranlaßten, die die sozialen Umwälzungen zunächst befürworteten: sein erstes öffentliches Bekenntnis zum Marxismus in seiner großen Rede vom 15. April 1961 und die Ankündigung der Verstaatlichung aller Schulen am 1. Mai des gleichen Jahres. Die offizielle Erklärung Kubas zur „sozialistischen Republik“ hatte die Hoffnungen der aktiven Christen auf eine nichtkommunistische Revolution durch Castro endgültig zunichte gemacht. Die Verstaatlichung der Privatschulen traf einen Lebensnerv der Kirche, denn ihren Schulen verdankten sowohl die katholische Kirche wie die protestantischen Gemeinschaften ihren gesellschaftlichen Einfluß. Die Nationalisierung der Schulen stand wohl auch im indirekten Zusammenhang mit der mißglückten Landung der Castro-Gegner in der Schweinebucht am 16. April des gleichen Jahres, an der führende Katholiken im Exil maßgeblich beteiligt waren und an der auch drei Geistliche spanischer Herkunft teilnahmen. Am 8. September 1961 wurden alle öffentlichen religiösen Kundgebungen verboten, nachdem es vorher im Anschluß an Prozessionen zu Demonstrationen gegen das Regime gekommen war. Im gleichen Monat wurde der Weihbischof von Havanna, E. Boza Masvidal, vor der Nuntiatur, in die er zu einer Besprechung gerufen worden war, verhaftet und mit 135 Geistlichen (unter denen sich auch kubanische Staatsbürger befanden) ins Exil nach Spanien geschickt. Während diese Gruppe (nach amtlichen Angaben wegen unerlaubten Waffenbesitzes oder wegen Unterstützung von Konterrevolutionären) ins Exil geschickt worden war, hatten bis dahin bereits zahlreiche Geistliche und Laien von selbst das Land verlassen. Auch die protestantischen Gemeinschaften verloren auf diesem Wege einen gewichtigen Teil ihrer Pfarrerschaft. Die Flucht erfolgte aber nicht immer aus rein religiösen Motiven. Castro selbst hat zwar die „reaktionäre“ Geistlichkeit gerade in den kritischen Jahren 1961/62 wiederholt öffentlich angegriffen. Mißliebigen Geistlichen gegenüber ließen sich leicht Anschuldigungen finden, um sie in die Arbeitslager einzuweisen oder sie abzuschieben.

Die Tätigkeit der Kirche wurde und ist bis heute auf den streng kirchlichen Bereich beschränkt. Alle religiösen

Kundgebungen in öffentlichen Plätzen und Räumen sind untersagt. Der Religionsunterricht in den Schulen ist verboten, kann also nach der Verstaatlichung aller Privatschulen nur noch außerhalb der Schule in den kircheneigenen Räumen erteilt werden. Dieses Faktum stellt zwar kein Novum dar, da der Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen nach strengem Prinzip der formalen Trennung zwischen Kirche und Staat auch unter der früheren Regierung verboten war. Aber damals boten die kirchlichen Privatschulen wenigstens für die religiöse Erziehung der Oberschicht einen Ausweg. Auf das öffentliche Leben hat die Kirche kaum Einfluß. Wie in den Ostblockländern werden kirchliche Aktivitäten vom staatlichen Kirchenamt überwacht. Aber eine Unterdrückung der Religionsfreiheit in dem Ausmaß, wie wir sie aus den osteuropäischen Ländern kennen, hat es in Kuba auch in den Zeiten höchster Spannung und politischer Anschuldigungen nicht gegeben. Orden wurden nicht aufgehoben. Die Säkularinstitute konnten innerhalb der enger gewordenen kirchlichen Grenzen ihre Tätigkeit weiterführen, ebenfalls innerhalb der Pfarrstruktur die Gruppen der katholischen Aktion und der marianischen Kongregationen. Während der Vorbereitung des Weltlaienkongresses in Rom war es wieder möglich geworden, mit diesen Gruppen direkten Kontakt aufzunehmen. Die ökumenischen Institutionen stehen in regelmäßigem Kontakt mit den protestantischen Gemeinschaften der Insel. Erst im letzten Jahr wurde in Havanna ein gemeinsames ökumenisches Zentrum der evangelischen Gemeinschaften gegründet.

Die Rolle der Nuntiatur

Im Juli 1967 hat der brasilianische Bischof E. de Araújo Sales (Natal) im Auftrag des CELAM Kuba besucht und konnte nach seinem eigenen Bericht mit den fünf damals amtierenden Diözesanbischöfen, mit Ordensangehörigen und Laienvertretern sprechen. Nach seinen Worten sind „alle 125 Pfarreien in voller Tätigkeit“. Daß es sich dabei nur um die besetzten Pfarreien handelt, geht schon daraus hervor, daß das Päpstliche Jahrbuch 227 Pfarreien für Kuba verzeichnet. Die „volle“ Tätigkeit schließt die soziale Aktivität der Kirche nicht ein. Es besteht Kultfreiheit, aber keine volle Religionsfreiheit. Innerhalb dieses Rahmens wird die kirchliche Hierarchie nicht behindert. Die Diözesen befinden sich unter regulärer Leitung. Erst im Herbst 1967 wurden drei neue Weihbischöfe ernannt, und bereits 1964 konnten 60 Geistliche (vorwiegend Kanadier, daneben einige Belgier und Franzosen) nach Kuba einreisen, auch mehrere Geistliche, die einst das Land aus politischen Gründen verließen, konnten inzwischen wieder einreisen. Obwohl die beiderseitigen diplomatischen Vertreter vorübergehend abberufen wurden, wurden die offiziellen Beziehungen zwischen dem Vatikan und Kuba nie abgebrochen. Seit 1962 amtiert wieder ein kubanischer Botschafter in Rom, und der Vatikan wird in Havanna seit der Abberufung des Nuntius, Erzbischof Muñoz Centoz, 1963 durch den Nuntiaturrat, Msgr. Zacchi, als Päpstlichem Geschäftsträger vertreten. Die Nuntiatur ist nicht nur der einzige wirksame Vermittlungskanal der kubanischen Kirche nach außen, sie ist, wie Msgr. Zacchi in seinem Interview mit dem Interpress Service erklärte, „gegen ihren Willen“ zum Sprecher der kubanischen Kirche gegenüber der Regierung geworden. Msgr. Zacchi wurde übrigens im November 1967 in Havanna zum Bischof geweiht, und zwar in

Anwesenheit des kubanischen Episkopats von dem heutigen Apostolischen Delegaten in Kanada, Erzbischof Clarizio, der als Nuntius in Santo Domingo während der politischen Krise im Jahre 1966 eine wirksame Vermittlerrolle gespielt hat. Nicht nur die Rangerhöhung von Msgr. Zacchi, sondern auch die persönliche Anwesenheit Castros beim anschließenden Empfang, lassen ein gewisses Interesse an der Verbesserung der Beziehungen von beiden Seiten erkennen, was nicht bedeutet, daß sich an der kirchlichen Situation im Land grundsätzlich etwas ändert.

Kirche in totalitärer Atmosphäre

Diese ist seit der systematischen inneren Konsolidierung der Castro-Diktatur, seit der Aufhebung des kirchlichen Schulwesens, dem Verbot der kirchlichen Rundfunk- und Pressearbeit, der Beschneidung der sozialen Tätigkeit der Kirche durch drei schwerwiegende Faktoren behindert: durch die totalitäre Atmosphäre des öffentlichen Lebens, durch die kommunistische Indoktrinierung der Bevölkerung, vor allem der Jugend, und durch die massive Abwanderung von Klerus und Gemeindemitgliedern. Die totalitäre Basis, auf der das Regime trotz relativer Freiheit des einzelnen aufruht, bedeutet für die kirchliche Tätigkeit eine ständige Bedrohung. Die Kirche und der einzelne in ihr ist vor die Wahl gestellt, sich dem Regime zu fügen und sich wenigstens formal mit ihm zu identifizieren oder auszuwandern. Jedes Aufbegehren gegen ungerechte Verurteilungen oder Verletzungen der Grundrechte setzt sie der Gefahr staatlicher Zwangsmaßnahmen aus. Ein unabhängiger Beitrag der Kirche zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme ist also schon auf Grund des gesellschaftlichen Zwangssystems bzw. des politischen und ideologischen Machtmonopols nicht möglich. Die Tatsache, daß gerade enttäuschte Katholiken dem Regime immer wieder zu schaffen gemacht haben, veranlaßt dieses zu einer genauen Überwachung der Tätigkeiten kirchlicher Persönlichkeiten und Einrichtungen. Wie in jedem totalitären Regime werden nur diejenigen Kräfte gefördert, die sich politisch und ideologisch fügen. Für die Kirche erhebt sich die Frage, wie weit sie in dieser Unterstützung gehen kann, ohne zweckentfremdet zu werden. Eine ständige Drohung für die Kirche bilden die vom Regime eingerichteten Arbeitslager (UMAP), in denen nach (ungesicherten) Quellen etwa 10 000 Personen untergebracht sein sollen, neben politischen Gegnern des Regimes auch Kriminelle. Von den Castro-Gegnern als „Konzentrationslager“, von diesem selbst als „produktiver Ersatzdienst“ charakterisiert, handelt es sich dabei wohl um eine Kombination von Zwangsaufenthalt und Arbeitslager, in die man offenbar auf unbestimmte Zeit mißliebige Personen abkommandiert. Neben katholischen Geistlichen befinden sich dort auch protestantische Pastoren und aktive Kirchenmitglieder. Zum erstenmal, so wird glaubhaft berichtet, soll es auf diesem Wege zu einer echten ökumenischen Begegnung zwischen evangelischen und katholischen Geistlichen und zu einem näheren gegenseitigen Kennenlernen gekommen sein. Von solchem Aufenthalt bedroht scheinen besonders die engagierten Geistlichen und Kirchenmitglieder, die keine genügenden Garantien politischer Konformität bieten. Manche Gemeinden sind dadurch in ihrer Existenz bedroht. Innerhalb des politischen Systems bildet für die Kirche natürlich die systematische marxistische Indoktrinierung in den Schulen, in den staatlichen Organisationen und in

der Volksmiliz ein besonderes Hindernis. Dadurch verliert die Kirche ihren Einfluß auch auf den Teil der Jugend weitgehend, der ihr bisher mit den Mitteln der traditionellen Seelsorge noch zugänglich war. Kinder und Jugendliche können sich auch ohne besondere Zwangsmaßnahmen dieser ideologischen Indoktrinierung, die schon mit ersten Lese- und Schreibübungen beginnt, kaum entziehen. Die allgemein anerkannte Leistung des Regimes, das Analphabetentum in Kuba praktisch überwunden zu haben — nach regierungseigenen Angaben sind nur noch 1,6% Analphabeten —, vermindert wohl auch den Widerstand gegen die ideologische Zwangsjacke. Doch scheint die Verherrlichung der Revolution und ihrer Helden gegenüber der eigentlich marxistischen Indoktrinierung das Übergewicht zu haben und dem kubanischen Volksscharakter auch gemäßer zu sein. Dementsprechend ist das System als solches für die Kirche bedrohlicher als der mit ihm verbundene „Marxismus-Leninismus“. Ziel der Einschränkung der religiösen Freiheiten ist weniger die „Bekehrung“ zum Marxismus als das politische Bekenntnis zum Regime. Soweit Unterdrückungsmaßnahmen zu verzeichnen sind, richten sich diese weniger oder gar nicht gegen das religiöse als vielmehr gegen das politische Bekenntnis. Die in letzter Zeit häufiger werdenden Hinweise Castros auf die „progressiven“ Kräfte unter dem Klerus, die Preisung von Camillo Torres als beispielhaften katholischen Revolutionär und das interessierte Einverständnis mit jenen Kirchenmännern, die revolutionäre Umwälzungen in Lateinamerika befürworten, zeigen übrigens, daß Castro zu einer positiveren Haltung gegenüber der Kirche fähig ist, wenn sie innenpolitisch keine Gefahr darstellt und sie durch Befürwortung revolutionärer Bewegungen sein Prestige gegenüber den anderen lateinamerikanischen Ländern fördern könnte. Gewiß eine Chance, aber auch eine Gefahr, die es zu sehen gilt.

Die Folgen der Massenabwanderung

Das größte Hindernis für die Kirche bildet die Massenabwanderung von Geistlichen und Laien. Nach übereinstimmenden Angaben haben etwa 400 Geistliche Kuba verlassen. Von den 3000 Ordensschwestern sollen sogar nur 200 im Lande verblieben sein. Viele von ihnen reisten auf eigenen Wunsch aus, nicht wenige wurden von ihren Ordensoberen zurückgerufen. Laut einer Darstellung der Abteilung für geistliche Berufe beim Lateinamerikanischen Bischofsrat (CELAM) befinden sich in Kuba gegenwärtig nur 230 Priester: 73 Diözesanpriester (davon drei Ausländer) und 157 Ordenspriester (davon 120 Ausländer) (nach NC News Service, 22. 4. 67). Allerdings soll die Zahl der Priesterkandidaten inzwischen beträchtlich angestiegen sein. Nach Angaben des Interpress Service sind gegenwärtig 210 Kirchen für den Gottesdienst offen und arbeiten 15 männliche und 16 weibliche Ordensgemeinschaften in Kuba. Vergleicht man aber diese Angaben mit den vorstehenden Zahlen, verlieren sie an Gewicht. Bedenkt man allerdings, daß vor der Verstaatlichung der kirchlichen Schulen mehr als die Hälfte der Geistlichkeit im Unterricht tätig war, nehmen sich die Abwanderungen für die unmittelbare Seelsorge nicht mehr so prekär aus. Der Substanzverlust bleibt aber immer noch beträchtlich. Der Vorwurf, den u. a. Claude Julien („Le Monde hebdomadaire“, 29. 4. — 5. 5. 65) erhebt, die Massenabwanderung ohne unmittelbaren Zwang sei im Blick auf die Weiterexistenz der Kirche auf Kuba nicht zu verantwor-

ten gewesen, kann nicht abgewiesen werden. Es ist bekannt, daß manche Oberen ihre Ordensangehörigen trotz gegenteiliger Bemühungen des Päpstlichen Nuntius und nicht selten gegen den Willen der Betroffenen selbst (oder auch umgekehrt) abberufen haben. Bei aller Würdigung der Motive handelt es sich hier um kein Ruhmesblatt der Kirche Kubas bzw. derer, die glaubten, angesichts der Bedrohungen durch das neue Regime das Land aus eigenen Stücken verlassen zu müssen. Wenn auch die Angst vor religiöser Verfolgung zurecht bestand, so war diese Angst doch auch von politischen Motiven und vom Hängen an den überkommenen Privilegien überlagert. Der Abzug nicht nur eines Teils des Klerus sondern auch zahlreicher Laien, von denen ein nicht unbeträchtlicher Teil in kirchlichen Diensten stand, führte zudem zu einer Durchlöcherung der Gemeinden, die auch durch die neuen Möglichkeiten pastoralen Wirkens nicht kompensiert wird. Wenn Bischof Zacchi in dem erwähnten Interview erklärte, durch die Abwanderung der Gegner des Regimes unter den Katholiken käme der zurückgebliebene Klerus mit neuen Bevölkerungsschichten in Berührung und sei dadurch zum Umdenken gezwungen, traf er damit sehr konkret die kirchliche Situation. Durch die Abwanderung der Oberschicht gewannen gewiß jene in den Gemeinden an Gewicht, die unter dem gegenwärtigen Regime eine mögliche Form der Bewährung für die Kirche sehen. Aber die Abwanderung hinterläßt Lücken, die schwer auszufüllen sind. Besonders spürbar ist dies in den Schulen. Da zahlreiche katholische Lehrer das Land verlassen haben, hat die Kirche kaum Möglichkeiten, durch das gewiß schwierige persönliche Zeugnis ihrer Glieder ein Gegengewicht gegen die marxistische Indoktrinierung zu schaffen. Allzu rasch haben die Katholiken ihre Stellungen im Staatsapparat geräumt.

Die Unsicherheit bleibt

Zu den äußeren Schwierigkeiten kommt die innere Unsicherheit und eine Lethargie der Mehrzahl der Gläubigen, die in einer rein negativen Haltung des Abwartens verharren. Trotz „einiger Zeichen der Toleranz“ (Bischof Zacchi) von seiten des Regimes findet sich der größere Teil der Katholiken unter den Bedingungen, die ihnen das Kuba Castros stellt, nicht zurecht. Sie verstehen sie höchstens als ein notwendiges Übel, das es zu überwinden gilt oder dem man sich durch Flucht entzieht, die unter Zurücklassung allen Eigentums heute noch jedem Kubaner offensteht. Oder sie hoffen auf eine politische Wende und unterschätzen dabei die Stabilität des Regimes. Nur ein geringerer Teil ist bereit, den gegenwärtigen Zustand der Kirche, den politischen Druck, die begrenzte religiöse Freiheit hinzunehmen und nach neuen, der Situation angemessenen Formen kirchlichen Wirkens zu suchen oder sich gar innerhalb der gegebenen Ordnung zu engagieren. Daneben gibt es wohl auch, freilich verschwindend kleine, Gruppen, die dem Regime offene Sympathien entgegenbringen und ihre ideologische Verwandtschaft mit diesem nicht verbergen. Im Ganzen scheint aber die Kirche gegenwärtig weniger durch ideologische Anbiederung als durch eine Haltung oppositionellen Abwartens gefährdet, die die kirchliche Aktivität lähmt. Bisher ist es nicht gelungen, den Religionsunterricht auf außerschulischer Basis wirksam zu organisieren. Der Anschluß an die nachkonziliare Erneuerung wurde noch nicht gefunden. Zwar werden begrenzte Reformen durchgeführt, und beginnt man die absolute Isolierung nach außen etwas zu durchbrechen

— an einem siebenmonatigen katechetischen Ausbildungskurs am katechetischen Institut in Medellin (Kolumbien) nahmen im vorigen Jahr auch zum erstenmal Kubaner teil —, aber die begrenzten Wirkmöglichkeiten in einer Gesellschaft, die die Kirche ablehnt, werden wenig genutzt und von der Hierarchie und der Mehrzahl des Klerus nur bedingt unterstützt. Die Katholische Aktion befindet sich, soweit sie noch kirchlich aktiv ist, in einer

Krise und in einem latenten Zustand innerer Spaltung. Die Bischöfe scheinen aus Angst, sie könnte ihrer Führung entgleiten, ihre Aktivität nicht übermäßig zu fördern. Angst und mangelnde Führung erschweren die immer mehr sich durchsetzende Erkenntnis, daß die Kirche auf Kuba nur überleben und sich regenerieren kann, wenn sie sich mit den Mitteln begrenzter Freiheit zu integrieren versucht.

Kurzinformationen

Das 13. Evangelisch-katholische Publizistentreffen vereinigte vom 28. April bis 1. Mai 1968 im Beisein von Landesbischof *H. Lilje* und dem Bischof von Hildesheim, *H. M. Janssen*, etwa 80 Vertreter dieses Berufsstandes und beschäftigte sich vor allem mit der Rolle der Christen in einer revolutionären Gesellschaft. Daneben wurde die anstehende Mischehenfrage diskutiert. Die theologische Analyse des Hauptthemas besorgte Prof. *H. D. Wendland*, Münster, bekannt durch seine Warnungen vor einer Theologie der Revolution mit Gewalt. Er forderte die Absage an den Illusionismus von der perfekten Gesellschaft, es gebe auch keinen Status quo von Dauer. Der Geschäftsführer des Deutschen Entwicklungsdienstes, *P. Molt*, ergänzte die Analyse durch Sachinformationen, die von Vizepräsident *H. Thimme* bereichert wurden, da er gerade von der Entwicklungskonferenz in Beirut (vgl. ds. Heft, S. 278) zurückgekehrt war. Seine Schilderung der Weltnot ließ in der Diskussion Resignation über die Unkraft der Kirchen aufkommen (epd, 29. 4. 68; KNA, 2. 5. 68). Der evangelische Kanonist *H. Dombois* beklagte die „fortschreitende Einengung der vom Konzil intendierten Öffnung“ in der Mischehenregelung besonders in Deutschland, sie könne den Katholizismus „nur noch kompromittieren“ (epd, 2. 5. 68). Dagegen stellte Prof. *F. Böckle*, Bonn, fest, nach der Meinungsbefragung auf der Bischofssynode in Rom sei es „so gut wie sicher“, daß zwar die Pflicht zur katholischen Trauung bestehenbleibe, aber auch in allernächster Zeit die Bischöfe von Rom ermächtigt werden, nach ihrem Ermessen von der Formpflicht zu dispensieren, wozu viele deutsche Bischöfe nach seiner Kenntnis bereit wären (KNA, 1. 5. 68).

Vom 13. bis 17. Mai fand in Hildesheim die erste Sitzungsperiode der von Bischof *H. M. Janssen* einberufenen Diözesansynode statt. Es handelt sich dabei um die erste nachkonziliare Diözesansynode in der Bundesrepublik. Von den 224 Synodalen waren 75 Laien, die mit vollem Sitz- und Stimmrecht an den Kommissionsberatungen und im Plenum teilnahmen. Unter den verschiedenen Beschlüssen der ersten Sitzungsperiode seien hier besonders zwei genannt, über die eingehend und mit gegensätzlichen Argumenten diskutiert worden war: Mit 185 gegen 13 Stimmen wurde der Vorschlag angenommen, die Dechanten „von den Priestern eines Dekanats unter Mitwirkung von Laienvertretern“ zu wählen. Einzelheiten sollen vom Bischof in Zusammenarbeit mit dem Priester- und Diözesanrat geregelt werden. Der Beschluß wurde auch vom Diözesanbischof befürwortet. Mit 194 von 208 abgegebenen Stimmen gab die Synode ihrer Überzeugung Ausdruck, daß Entscheidungen, „die eine verantwortete Elternschaft erfordern, den aus dem Glauben geformten Gewissen der Ehegatten unterliegen“. Entgegen den Vorschlägen von Minderheiten verzichtete die Synode jedoch auf die Vorlage konkreter Lösungsvorschläge zur Geburtenregelung. Wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde ein Kommissionsbericht, in dem davon abgeraten wurde, „beim derzeitigen Stand der politischen Verhältnisse eine bestimmte Partei zur Wahl zu empfehlen“. Es sei im Interesse der Demokratie, einseitige Klassen- oder Konfessionsausrichtungen bei den Parteien zu vermeiden. Auf scharfen Widerspruch stieß der Vorschlag, die (in anderen Ländern ohnehin nicht kirchlich gebotenen) zweiten Feiertage an Weihnachten, Ostern und

Pfingsten aufzuheben. Dies könne als eine Ermunterung an die Industrie aufgefaßt werden, diese Feiertage ganz abzuschaffen. Beantragt wurde die Übertragung der Aufgaben der Kirchenvorstände auf die Pfarrgemeinderäte. Die nächste Sitzungsperiode der Synode ist für Mai 1969 vorgesehen.

Eine Gruppe von Geistlichen, vornehmlich Vikare, der Erzdiözese Freiburg hat in einem gemeinsamen Votum Reformvorschläge für die Seelsorgsstruktur der Diözese vorgelegt. Eine erste Gruppe von Vorschlägen bezieht sich auf die Funktion des Priester-, Seelsorge- und Diözesanrats (nicht nur beratende Tätigkeit, sondern echte Mitverantwortung, mit der Möglichkeit der Mitbestimmung wenigstens in Zweckmäßigkeitsfragen, keine Bestätigung ihrer Repräsentanten durch die kirchliche Behörde, umfassende Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit). Die zweite Gruppe von Vorschlägen enthält Postulate zur Bischofswahl (Erweiterung des Wahlkollegiums auf die Bischofsvikare und die Mitglieder des Priester-, Seelsorge- und Diözesanrats), zur Stellung der bischöflichen Vikare (Übertragung eines eigenen Diözesanbezirks mit Residenzpflicht in diesem, Wahl durch Priester und Laienvertreter, Beschränkung der Amtszeit auf drei bis fünf Jahre) und auf die Stellung der Dekane (Wahl durch die Priester und die Mitglieder der Katholikenausschüsse, Beschränkung der Amtsdauer auf drei, höchstens fünf Jahre). Zusätzlich fordern die Autoren die Führung der bischöflichen Finanzkammer durch einen Laien und die Kontrolle der Finanzen durch das Finanzparlament in Zusammenarbeit mit dem Seelsorgerat. Diese Reformen sollen erweitert werden durch die Erarbeitung einer Gesamtpastoralkonzeption der Diözese unter Einbeziehung einer langfristigen Planung der wichtigsten Seelsorgsziele. Eine weitere Gruppe von Forderungen gilt der Stellung der Vikare: sie sollen das Recht erhalten, bei geplanten Versetzungen Stellung zu nehmen, der Versetzungsbescheid soll vier Wochen vor dem Versetzungstermin ausgehändigt werden. Die Vertreter der Vikare im Priesterrat sollen bei Ordinariatssitzungen die sie betreffenden grundsätzlichen Fragen teilnehmen können. Weiter werden verlangt: breitere Möglichkeiten der Spezialisierung, Reduktion der wöchentlichen Religionsstunden auf 12 bis 15, ein schul- und veranstaltungsfreier Tag in der Woche, die Möglichkeit des Kontaktstudiums nichttheologischer Fächer an den verschiedenen Hochschulen, zusätzlich zum Jahresurlaub zehn freie Tage im Jahr („Bildungsfreizeit“). Eine Reihe von Einzelvorschlägen beziehen sich u. a. auf die Frage der Geburtenregelung, auf die ökumenische Zusammenarbeit, auf das Erziehungswesen und die Pressearbeit. Darunter findet sich auch das Postulat, kirchliche Bauten zugunsten materieller Hilfe für vom Krieg betroffene Völker zurückzustellen.

Der Rat der EKD befaßte sich Anfang Mai mit den Studentenunruhen in der BRD. Er ermahnte die Verantwortlichen, „die tatsächlichen Ursachen der Krise zu erkennen und die Autorität des Staates von innen heraus wiederherzustellen“ (epd, 3. 5. 68). In Abkehr von einem statischen Ordnungsbegriff und geschärft durch die Erkenntnisbemühungen von „Kirche und Gesellschaft“ über den rapiden Wandel der technischen Zivilisation erklärte der Rat, es dürfe in dem gegenwärtigen Konflikt mit Teilen der jungen Generation nicht darum gehen,